

Israelische Knessetwahlen am 17. September 2019

ELNET Briefing vom 06.09.2019

Israel (erneut) vor der Wahl

Die Ergebnisse der israelischen Knessetwahlen am 09. April deuteten auf einen klaren Sieg des amtierenden israelischen Premiers Benjamin Netanjahu hin. Der *Likud* erzielte die bislang besten Wahlergebnisse unter der Führung Netanjahus, die anderen Parteien des rechtskonservativen Flügels konnten ebenfalls Stimmengewinne für sich verzeichnen, sodass eine starke rechtskonservative Koalition gesichert schien. Doch es kam anders – Benjamin Netanjahu gelang es bis zum Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Frist nicht, eine mehrheitsfähige Koalition auszuhandeln. Infolgedessen stimmte die gerade erst gewählte 21. Knesset am 29. Mai für ihre Auflösung und ebnete somit den Weg für Neuwahlen. **Gerade mal sechs Monate nach den letzten Knessetwahlen tritt die israelische Bevölkerung am 17. September deshalb erneut an die Wahlurnen.**

Bei den Wahlen im April schafften insgesamt 11 Parteilisten den Einzug in die Knesset. In den darauffolgenden Monaten ergaben sich jedoch einige Partei-Zusammenschlüsse, sodass bei den Septemberwahlen nur noch 9 Listen eine realistische Chance auf den Einzug in die Knesset haben.

Zusammenschlüsse der politischen Rechten: *Likud, Kulanu* und *Yamina*

Im politisch rechten Spektrum ergab sich zuletzt ein Zusammenschluss aus dem *Likud* und *Kulanu*, geführt vom amtierenden Finanzminister Moshe Kahlon. Die libertäre Partei *Zehut* unter dem einstigen *Likud* Mitglied Moshe Feiglin schloss ebenfalls ein Abkommen mit dem *Likud*. Demnach wird die Partei bei den Septemberwahlen nicht erneut antreten, kann im Gegenzug dafür jedoch mit Ministerialposten innerhalb der neuen Regierung rechnen.

Umfragen deuten darauf hin, dass Netanjahu erneut ein siegreiches Ergebnis für seine Partei einholen wird. Dennoch wird es für ihn weiterhin schwierig bleiben, eine mehrheitsfähige Koalition mit mindestens 61 Sitzen zu bilden.

Sollte dieser Fall eintreten, könnte einem neu gebildetes Bündnis aus dem rechten Spektrum eine zentrale Rolle zukommen. ***Yamina* („nach rechts“) ist ein neuer Zusammenschluss der weit rechtsaußen angesiedelten *Union der rechten Parteien* sowie der *Neuen Rechten* unter Führung der ehemaligen Justizministerin Ayelet Shaked sowie des ehemaligen Kultusministers Naftali Bennet.** Nachdem die *Neue Rechte* den Einzug in die Knesset bei den Wahlen im April verpasst hatte, einigten sich Shaked und Bennet auf einen strategischen Zusammenschluss mit den oben genannten Parteien. Diese hatten ihnen bereits bei den Wahlen 2015 wichtige Ministerposten versprochen.

Die nationalistischen und rechtskonservativen Parteien *Otzma Yehudit* und *Noam* werden den Einzug in die Knesset hingegen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht schaffen. Im August hatte Israels Oberstes Gericht angeordnet, zwei hochrangige Mitglieder *Otzma Yehudits* wegen ihrer rassistischen Äußerungen vis-a-vis der arabische Bevölkerung aus der Partei auszuschließen.

Zusammenschlüsse im politischen Zentrum: *Blau-Weiß*, *Israel Beiteinu* und die Möglichkeit einer Großen Koalition

Der größte Herausforderer des *Likud* bleibt auch bei dieser Wahl das im politischen Zentrum zu verordnende Bündnis *Blau-Weiß*. Dieses wird sich auch weiterhin aus Yair Lapid's *Yesh Atid* und den ehemaligen IDF Stabschefs Benny Gantz und Moshe Ya'alon zusammensetzen. Nach dem Rotationsprinzip von *Blau-Weiß* würden sowohl Gantz als auch Lapid jeweils zwei Jahre lang den Posten des Premierministers bekleiden. Jüngste Befragungen zeigen *Blau-Weiß* gleichauf mit dem *Likud*.

Derweil verkündete der ehemalige Verteidigungsminister und Spitzenkandidat der sekularen rechtskonservativen Partei *Israeli Beiteinu*, Avigdor Lieberman, nach den Septemberwahlen eine große Koalition mit dem *Likud* und *Blau-Weiß* anzustreben. Benny Gantz wiederholte indes seine Absage an eine große Koalition mit dem *Likud*, solange Netanyahu weiterhin die Parteiführung wie auch das Amt des Premierministers innehat.

Bei den Koalitionsverhandlungen im April hatte sich Lieberman gegen eine Einigung mit den ultraorthodoxen Parteien gestellt. Neuste Umfragen lassen vermuten, dass sich *Israel Beiteinu* dank seiner Standhaftigkeit bei den Koalitionsverhandlungen wie auch seiner sekulare Agenda nun einer zunehmend größeren Beliebtheit bei der israelischen Bevölkerung erfreuen kann. Prognosen deuten sogar darauf hin, dass die Partei ihre Sitze in der Knesset bei den bevorstehenden Wahlen von 5 auf 10 verdoppeln könnte.

Neuerordnungen im linken Spektrum: Die Krise der *Awoda* und die *Demokratische Union*

Nach den historisch schlechten Ergebnissen der Arbeiterpartei (*Awoda*) bei den Aprilwahlen wurde der ehemalige Verteidigungsminister Amir Peretz als neuer Parteivorsitzende gewählt. Er löst somit Avi Gabbay nach zweijähriger Amtszeit ab. Mit Blick auf die Knessetwahl im September 2019 kündigte Peretz an, die *Awoda* werde gemeinsam mit der von Orly Levy-Abekasis gegründeten Partei *Gescher* antreten.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen *Awoda* und der linksgerichteten *Meretz* sowie der neu gegründeten Partei *Demokratisches Israel*, endeten hingegen erfolglos. Jüngsten Umfragen zufolge könnte die Arbeiterpartei bei den Wahlen im September sogar ein noch schlechteres Ergebnis als im April einholen.

Der frühere israelische Premierminister der Arbeiterpartei, **Ehud Barak**, kündigte währenddessen sein Come-back in die israelische Politik an und gründete dazu Ende Juni seine eigene Partei, *Demokratisches Israel*. Kurz darauf **schloss er sich mit dem neuen Parteivorsitzenden von *Meretz*, Nitzan Horowitz, sowie dem ehemaligen Knesset Mitglied Stav Shaffir (*Awoda*) zu einer gemeinsamen Liste, *Demokratische Union*, zusammen.** Horowitz und Shaffir werden gemeinsam an der Spitze der Liste stehen, gefolgt von dem ehemaligen Stabschef der IDF, Yair Golan. Ehud Barak selbst wird auf Platz 10 kandidieren – laut Umfragen mit relativ guten Chancen auf einen Einzug in die Knesset.

Die Orthodoxen Parteien: Vereinigtes Thora-Judentum und Shas

Die beiden ultraorthodoxen Parteien *Vereinigtes Thora-Judentum* und *Shas* hoffen auf eine Wiederholung ihres starken Ergebnisses bei den letzten Wahlen. Dabei setzen sie vor allem darauf, Liebermanns säkulare Agenda als

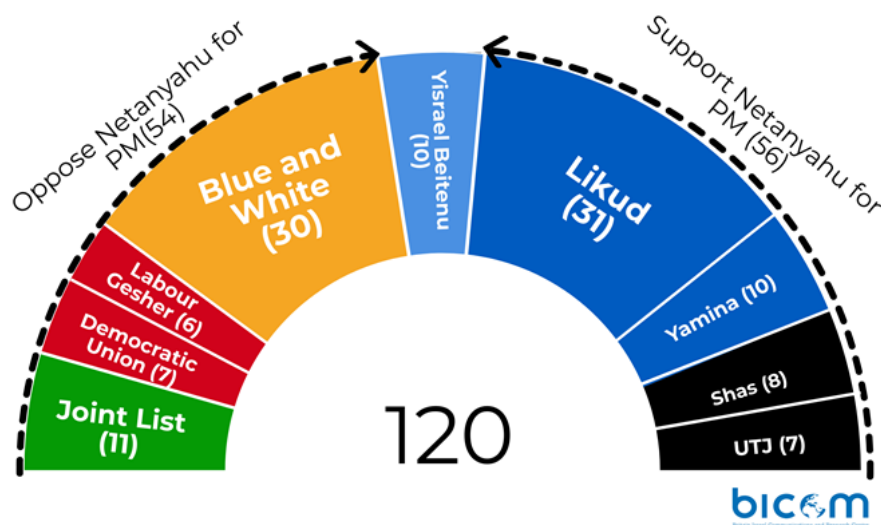
eine Gefahr für die ultraorthotoxe Bevölkerung darzustellen. Beide Parteien unterstützen Netanjahus Bewerbung um den Posten des Premierministers. Gleichwohl könnte der Konflikt um die Einberufung der Jeschiwa zur Wehrpflicht (welcher einst zum Zusammenbruch der Koalitionsverhandlungen im April geführt hatte) einer breiten rechtskonservativen, ultraorthodoxen Koalition auch diesmal große Steine in den Weg legen.

Die arabische Liste

Die vier arabischen Parteien (*Hadash, Taal, Raam, Balad*) verkündeten eine gemeinsame Liste für die Septemberwahlen. Zuletzt waren sie bei den Wahlen im Jahr 2015 gemeinsam angetreten. Die Vereinte Liste unter Ayman Odeh hofft nun, die Beteiligung der arabischen Bevölkerung Israels bei den kommenden Wahlen im September zu stärken. Im April hatten nur rund 50% der arabischen Israelis ihre Stimme abgegeben.

BICOM's poll of polls

Aggregate polling, August 15 -28



Premierminister Netanjahus Anklage und Immunität

Mit der Auflösung der Knesset bleibt es dem *Likud* verwehrt, Gesetzesvorhaben zur Stärkung Netanjahus Immunität für die bevorstehende Korruptionsanklage durchzusetzen. Die Partei wird ebenfalls keine Möglichkeit mehr haben, Eingriffe des Obersten Gerichtshofes zu verhindern. Die erste Anhörung Netanjahus durch Generalstaatsanwalt Mandelblit ist für den 2.-3. Oktober angesetzt. Bis dahin werde keine neuen Entwicklungen erwartet. Theoretisch könnte eine neu gebildete Regierung zwar weitere Gesetze zugunsten Netanjahus verabschieden – das Zeitfenster dafür ist jedoch relativ klein. Eine offizielle Anklage gegen den Premier wird für Dezember 2019 erwartet.

Auch wenn eine offizielle Anklage den politischen Druck auf Netanjahu bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen im Oktober erhöhen würde, wäre er gesetzlich nicht dazu gezwungen, sein Amt niederzulegen. In diesem Sinne hat der amtierende Premier bereits mehrmals verlauten lassen, dass er auch im Falle

einer Anklage nicht zurücktreten würde. Sollten die politischen Umstände Netanjahu dennoch zu einem Rücktritt zwingen, könnte sich eine neue Regierung auch ohne Parlamentsneuwahlen formieren.

Der US-amerikanische Friedensplan

Die Neuwahlen in Israel haben den Zeitplan der Trump Administration zur Vorstellung ihres langerwarteten Friedensplans vorerst auf Eis gelegt. Der wirtschaftliche Teil des zwei Komponenten umfassenden Plans wurde am 25. und 26. Juni auf einer Wirtschaftskonferenz in Manama (Bahrain) vorgestellt. Im August verkündete die US-Administration, dass die politische Komponente des Plans jedoch erst nach den israelischen Knessetwahlen bekannt gegeben würde - unmittelbar nach der Bildung einer neuen israelischen Regierung. Diese wird sich voraussichtlich jedoch erst zum Jahresende hin formieren. Bis dahin wird der US-Wahlkampf für die 2020 Präsidentschaftswahlen bereits auf Hochtouren laufen, was die Veröffentlichung des Planes deutlich hinauszögern könnte.

Warum Neuwahlen? Die Krise der Koalitionsbildung: Religion und Staat

Ausschlaggebend für die Krise der Koalitionsbildung und die darauffolgende Auflösung der Knesset war ein Konflikt zwischen den Hauptkoalitionspartnern des Likud, den ultraorthodoxen Parteien und der säkular-nationalistischen Israel Beiteinu unter der Führung Avigdor Liebermanns. Ein Zusammenschluss des Likud mit beiden Parteien wäre jedoch notwendig gewesen, um eine mehrheitsfähige Koalition zu bilden. Dennoch scheiterten die Verhandlungen an einer Grundsatzdebatte über die geplante Einberufung ultraorthodoxer Juden zur Wehrpflicht. *Israel Beiteinu*s Parteivorsitzende Liebermann forderte ein Ende der Ausnahmeregelung für Jeschiwa Schüler, die ultraorthodoxen Parteien hielten dagegen.

Unter der aktuellen Gesetzgebung sind alle israelischen Bürger zum Wehrdienst verpflichtet, mit Ausnahme von arabisch-israelischen Staatsbürgern sowie Schülern der Jeschiwa. Im September 2017 erklärte Israels Oberster Gerichtshof diese Regelung für diskriminierend und verfassungswidrig. Das Oberste Gericht ordnete an, dass die israelische Regierung ein neues Gesetz zu erarbeiten habe, welches die Jeschiwa gleichermaßen wie alle anderen israelischen Bürger behandeln sollte. Daraufhin entfachte im Dezember 2018 eine Diskussion über einen von Liebermann eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuregelung der Wehrpflicht. Demnach würden Jeschiwa Schulen jährliche Quoten zur Einberufung ultra-orthodoxer Männer vorgeschrieben werden. Bei Verstoßen würden die Schulen mit Bußgeldern sanktioniert. Die hitzige Diskussion um diesen Gesetzentwurf wurde als offizieller Grund für die Auflösung der Knesset und die daraufhin vorgezogenen Wahlen angeführt.

In einer Mitteilung vom 29. Mai machte Premierminister Netanjahu Avigdor Liebermann allein für die gescheiterte Regierungsbildung verantwortlich. Der Parteivorsitzende, so Netanjahu, habe den Abbruch der Koalitionsverhandlungen durch seine Kompromisslosigkeit bewusst herbeigeführt. Liebermann konterte und beschuldigte indes Netanjahu für das Scheitern der Verhandlungen.

Wahlkalender

3. September	Beginn der Werbekampagnen im israelischen Fernsehen.
5. September	Wahltag für israelische Bürger im Auslandseinsatz (Angestellte israelischer Botschaften, Soldaten, etc.).
17. September	Tag der Wahl
18. September	Der israelische Präsident berät mit den Führungsspitzen der gewählten Parteien über eine Koalitionsbildung.
25. September	Vereidigung der 22. Knesset
2.-3. Oktober	Tag der ersten Anhörung im Korruptionsfall gegen Benjamin Netanjahu
9. Oktober	Berufungsfrist gegen die Wahlergebnisse
Bis zu einer Woche nach der Wahl	Der Präsident beauftragt eine(n) Parteivorsitzende(n) mit der Regierungsbildung. Diese(r) wird 28 Tage haben, um eine Koalition zu bilden. Eine Fristverlängerung von 14 Tagen ist möglich. Wenn nach Ablauf der Frist keine Regierung gebildet werden konnte, kann der Präsident den Auftrag zur Regierungsbildung an eine(n) andere(n) Parteivorsitzende(n) geben. Alternativ kann sich die Knesset selbst auflösen und Neuwahlen herbeiführen.